



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 14/19 • 04.04.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

gestern war es wieder soweit. Der seit Jahren bestehenden Tradition folgend, hat die Landesvertretung wieder die Veranstaltung „Filmland Sachsen-Anhalt“ durchgeführt.

Mit dem zuerst gezeigten Kinderfilm „Die kleine Hexe“ und dem danach gezeigten Film „Gundermann“ konnte zunächst dem jungen und dann dem erwachsenen Publikum ein Einblick gegeben werden, welche wunderbaren Produkte Sachsen-Anhalt als Land der Filmproduktion zu bieten hat und wie vielfältig das Land sich auch als Drehort für Produktionen anbietet.

Wir freuen uns über das zahlreiche Erscheinen der Gäste. Die Zahl der Interessierten wächst jährlich immer noch etwas weiter an. Und wir freuen uns besonders über die Treue unserer jungen Gäste, denn einige Gesichter aus dem Publikum des Kinderfilms sind uns inzwischen seit Jahren vertraut. Das Wissen, dass das „Filmland Sachsen-Anhalt“ als feste Größe die Kindheit begleiten kann, ist für uns sehr schön. Details zur Veranstaltung finden Sie auf Seite 17 dieser Ausgabe.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
MAGDEBURG





Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
<ul style="list-style-type: none">• Europäisches Parlament – Neue Sitzberechnung für das nächste Europäische Parlament• Europäisches Parlament unterstützt den Kampf gegen Einweg-Plastikprodukte• Europäisches Parlament - Erasmus+ 2021-2027: Erweiterung des EU-Austauschprogramms• Europäisches Parlament - Für besseres Leitungswasser und Verringerung von Plastikabfall• Europäisches Parlament - Steuerbetrug: Europaabgeordnete fordern eine europäische Finanzpolizei• Europäische Kommission - EU fördert zwölf strategische deutsche Verkehrsprojekte• Europäische Kommission - Modernisierte EU-Handelsschutzinstrumente zeigen Wirkung	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Bürgerinitiative „#NewRightsNow“ fordert Mindesteinkommen freier Mitarbeiter in der Digitalwirtschaft• EU-Programm für gesunde Ernährung erreicht Millionen Schulkinder• Heumilch von Schafen und Ziegen ist jetzt „garantiert traditionelle Spezialität“• Jeder zweite Europäer nutzt sein Online-Abonnement auf Reisen in der EU• EU unterstützt Spitzenforschung von 33 Wissenschaftlern aus Deutschland• Autovermieter verpflichten sich zu mehr Preistransparenz• Lindau gewinnt europäischen Preis für nachhaltige Mobilität• Parlament will Zeitumstellung ab 2021 abschaffen – jetzt ist der Rat am Zug	
<u>Was, wann, wo</u>	15
<ul style="list-style-type: none">• 100 Jahre Bauhaus sind ein Grund zum Feiern• Besuch in der Landesvertretung durch die Berufsbildende Schule „Dr. Otto Schlein“• Besuch in der Landesvertretung durch das Bürger Rolandgymnasium und dem Beruflichen Gymnasium BbS „Conrad Tack“• Veranstaltung Filmland Sachsen-Anhalt in der LV• Auffrischungsseminar „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ – Anmeldung jetzt möglich	
<u>Ausschreibungen</u>	19
<ul style="list-style-type: none">• KOM – Programm „HERCULE III“ (3 Ausschreibungen)• KOM – Einheitlicher Entwicklungsausschuss (2 Ausschreibungen)• WiFi4EU - Gemeinden können EU-Förderung für kostenloses WLAN im öffentlichen Raum beantragen• European Capital of Smart Tourism - Innovative Wege der Tourismusförderung	
<u>Kontaktbörse</u>	22
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	25
<ul style="list-style-type: none">• Neu in der LV – Wiebke Berndt• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	28
<u>Impressum</u>	29



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament – Neue Sitzberechnung für das nächste Europäische Parlament

Das Parlament hat am 29. März die **dritte Sitzberechnung** zur Zusammensetzung des Plenums in der nächsten (9.) Wahlperiode auf Basis aktueller Umfragedaten in den Mitgliedstaaten veröffentlicht.



Das Europäische Parlament hat eine neue Berechnung veröffentlicht, die die mögliche Zusammensetzung des Plenums zeigt, auf der Grundlage von in den EU-Mitgliedstaaten bis zum 26. März 2019 veröffentlichten Umfragedaten. Die Daten stammen aus einer Zusammenstellung zuverlässiger Wahlumfragen, die von nationalen Meinungsforschungsinstituten in den Mitgliedstaaten durchgeführt und von Kantar Public im Auftrag des Europäischen Parlaments verarbeitet wurden.

Parteien werden nur bestehenden Fraktionen zugeordnet – aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der jeweils entsprechenden europäischen politischen Partei. Alle neuen politischen Parteien und Bewegungen, die ihre Absichten noch nicht erklärt haben, werden als "andere" eingestuft. Das nächste Parlament wird voraussichtlich weniger Abgeordnete (705) haben als das scheidende (751).

Alle Daten können von der [Pressemappe-Website](#) heruntergeladen werden.

Die Europawahlen finden vom 23.-26. Mai statt.

(Siehe auch WS 08/19 und 10/19) • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament unterstützt den Kampf gegen Einweg-Plastikprodukte

Am 27. März 2019 hat das Europäische Parlament den Vorschlägen der Kommission zum Verbot von verschiedenen Einweg-Plastikprodukten zugestimmt. Damit sollen Produkte wie Trinkhalme, Wattestäbchen oder Plastikgeschirr ab 2021 verboten werden. Mittlerweile seien entsprechende Alternativen am Markt verfügbar.

Darüber hinaus sollen künftig auch neue Recyclingziele für die Mitgliedstaaten gelten. Bis 2029 wären 90 Prozent der Kunststoffflaschen getrennt zu sammeln. Außerdem werden neue verbindliche Ziele für den Gehalt an Recyclingkunststoff in Flaschen festgelegt. Bis 2025 sollen 25 Prozent und bis 2030 30 Prozent erreicht werden.

Der Rat der EU-Staaten muss diesen neuen Regelungen noch zu stimmen. Die Mitgliedstaaten hätten dann zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Die entsprechende Pressemitteilung und weitergehende Informationen finden sie [hier](#) . • (sm)



Europäisches Parlament - Erasmus+ 2021-2027: Erweiterung des EU-Austauschprogramms



Das EP hat bekräftigt, die Mittel für das nächste Erasmus+-Programm verdreifachen zu wollen. Mehr Menschen sollen teilnehmen und die Stipendien besser individuell angepasst werden können.

Für die nächste Generation des Erasmus+-Programms ist eines der Hauptziele des Parlaments, dass mehr junge Menschen an den verschiedenen länderübergreifenden Bildungsprogrammen teilnehmen. Sie schlägt daher eine Reihe detaillierter Maßnahmen zur Beseitigung aller wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Hindernisse vor.

Um das Programm besser an die Bedürfnisse benachteiligter Menschen anzupassen und ihre Beteiligung zu erhöhen, haben die Abgeordneten vorgeschlagen, dass die Europäische Kommission und die nationalen Erasmus-Agenturen einen europäischen Rahmen für Inklusionsmaßnahmen entwerfen und nationale Integrationsstrategien entwickeln. Sie könnten Maßnahmen vorsehen, um die Mobilität finanziell stärker zu unterstützen, die monatlichen Zuschüsse anzupassen und die Lebenshaltungskosten regelmäßig zu überprüfen. Auch Sprachunterricht, verwaltungstechnischer Beistand und E-Learning-Angebote sollten unterstützt werden.

Die Abgeordneten verteilen die Mittel entsprechend dieser Schwerpunkte auf verschiedene Teile des Programms um, und bieten Vorschullehrern und Personal in der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung, jungen Sportlern und Sportlehrern die Möglichkeit, an Mobilitätsmaßnahmen teilzunehmen. Der Austausch im Bereich der beruflichen Aus- oder Weiterbildung, insbesondere in Grenzregionen, wird ebenfalls eine Priorität des neuen Programms sein und finanziell besser ausgestattet sein.

Mehr Synergien mit anderen europäischen Förderprogrammen würden es vielen Qualitätsprogrammen, die derzeit nicht im Rahmen von Erasmus finanziert werden können, ermöglichen, von kombinierten Finanzierungen zu profitieren, um die finanzielle Unterstützung, Reise- oder Lebenshaltungskosten für benachteiligte Lernende oder die Finanzierung neuer Projekte zu ergänzen.

Der endgültige Text muss mit dem Rat in der nächsten Wahlperiode ausgehandelt werden.

• eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament - Für besseres Leitungswasser und Verringerung von Plastikabfall

Das Parlament stimmte am 28. März für Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in Leitungswasser als preisgünstigere und umweltfreundlichere Alternative zu Tafelwasser.



Die Abgeordneten schlagen vor, die Höchstwerte für bestimmte Schadstoffe wie Blei (das um die Hälfte gesenkt werden soll) und für schädliche Bakterien zu verschärfen und neue Grenzwerte für die umweltschädlichsten Stoffe im Leitungswasser zu setzen. Der Bericht unterstützt auch den Grundsatz des Zugangs zu Wasser für alle in der EU.

Mit der Annahme dieses Berichts, der per Handzeichen angenommen wurde, schließt das Parlament seine erste Lesung ab, nachdem es seine Position im Oktober letzten Jahres festgelegt hatte. Die EU-Minister haben sich bisher noch nicht auf einen gemeinsamen



Standpunkt einigen können, so dass die Verhandlungen mit dem Parlament nicht mehr vor Ablauf der Legislaturperiode aufgenommen werden können. Die Verhandlungen werden demnach in der neuen Legislaturperiode nach den Europawahlen im Mai beginnen.

Die Mitgliedsstaaten sollten den allgemeinen Zugang zu sauberem Wasser in der Europäischen Union fördern und Zugang zu Wasser in Städten und öffentlichen Einrichtungen verbessern, und zwar durch die Einrichtung von frei zugänglichen Trinkbrunnen, soweit dies technisch möglich und verhältnismäßig ist. Die Abgeordneten plädieren auch dafür, dass Leitungswasser kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr in Restaurants, Kantinen und bei Catering-Dienstleistungen bereitgestellt wird.

Laut der Europäischen Kommission könnte ein geringerer Verbrauch von Flaschenwasser den Haushalten in Europa zusätzlich zu Einsparungen von mehr als 600 Millionen Euro pro Jahr verhelfen. Mit einem größeren Vertrauen in Leitungswasser können die Bürgerinnen und Bürger auch dazu beitragen, Kunststoffabfälle zu verringern, die durch den Verbrauch von Flaschenwasser entstehen und unter anderem die Meere verschmutzen. Kunststoffflaschen gehören zu den an europäischen Stränden am häufigsten gefundenen Einwegprodukten aus Kunststoff. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament - Steuerbetrug: Europaabgeordnete fordern eine europäische Finanzpolizei



Das Europäische Parlament hat am 26. März einen detaillierten Fahrplan für gerechtere und effektivere Steuergesetzgebung und zur Bekämpfung von Finanzkriminalität angenommen.

Der Abschlussbericht, der mit 505 Ja-Stimmen, 63 Nein-Stimmen und 87 Enthaltungen angenommen wurde, wurde über ein Jahr lang vom Sonderausschuss des Parlaments für Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3) vorbereitet. Vorgeschlagen wird eine Reform des Systems zur Bekämpfung von Finanzkriminalität, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Dies soll vor allem durch die bessere Zusammenarbeit der Vielzahl der beteiligten Behörden geschehen. Vorgeschlagen werden auch neue Gremien auf EU- und globaler Ebene.

Zu den zahlreichen Erkenntnissen und Empfehlungen des Sonderausschusses gehören:

- Die Kommission sollte unverzüglich einen Vorschlag für eine europäische Finanzpolizei entwickeln und für eine EU-Finanzinformationseinheit.
- Eine EU-Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche sollte eingerichtet werden;
- Innerhalb des UN-Systems sollte ein globales Steuerorgan eingerichtet werden;
- In den Mitgliedstaaten fehlt der politische Wille, gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Finanzkriminalität vorzugehen;
- Sieben EU-Länder (Belgien, Zypern, Ungarn, Irland, Luxemburg, Malta und die Niederlande) weisen Merkmale eines Steuerparadieses auf und erleichtern aggressive Steuerplanung;
- Goldene Visa und Pässe sollten schrittweise abgeschafft werden. Kritisch erwähnt werden vor allem Malta und Zypern für die mangelnde Sorgfalt bei der Vergabe von Visa und Pässen;
- Kritisiert werden Dänemark, Finnland, Irland und Schweden für ihren Widerstand gegen die Besteuerung digitaler Dienste.



- Getadelt werden auch etliche europäische Banken, darunter die Deutsche Bank, für ihre Beteiligung am russischen Geldwäscheskandal („Troika Laundromat“).
- Der Cum-Ex-Betrug zeigt deutlich, dass nicht bilaterale, sondern multilaterale Steuerabkommen notwendig sind;
- Hinweisgeber (Whistleblower) und investigative Journalisten müssen viel besser geschützt werden.

Nach den anhaltenden Enthüllungen der letzten fünf Jahre (Luxleaks, Panama-Papiere, Fußballleaks und Paradies-Papiere) beschloss das Europäische Parlament am 1. März 2018 die Einsetzung eines Sonderausschusses für Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3).

Der aktuell angenommene Bericht schließt das einjährige Mandat des Ausschusses ab. Insgesamt fanden 18 Anhörungen statt, 10 Diskussionen mit Finanzministern und EU-Kommissaren sowie 4 Missionen in die USA, die Isle of Man, Dänemark und Estland sowie Lettland. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäische Kommission - EU fördert zwölf strategische deutsche Verkehrsprojekte

Die Europäische Kommission hat am 26. März für 69 zentrale europäische Verkehrsprojekte Investitionen in Höhe von insgesamt 421 Mio. Euro vorgeschlagen. Zwölf Deutsche Verkehrsprojekte sollen mit 57 Mio. Euro gefördert werden.

Zu den ausgewählten Maßnahmen in Deutschland gehört beispielsweise die Umsetzung von Pilotprojekten des Cooperative Intelligent Transport Systems (C-IST) in städtischen Gebieten innerhalb von Hamburg, Hessen und Dresden. Diese Pilotprojekte werden als Beispiel für den groß angelegten Einsatz von C-IST-Diensten dienen, die schrittweise eine vernetzte und automatisierte Mobilität ermöglichen. Zu den erwarteten Vorteilen gehören die Reduzierung von Unfällen und Reisezeiten.

Mit den europaweit ausgewählten Projekten sollen die Digitalisierung unterstützt, Straßen sicherer gemacht und, im Einklang mit den Initiativen „Europa in Bewegung“, multimodale Anbindungen gefördert werden. Diese Maßnahme zur Finanzierung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in der EU erfolgt im Rahmen einer Ausschreibung der Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA) und der EU, unterstützt werden die Projekte über die Connecting Europe Facility (CEF). Insgesamt wurden 22 förderfähige Vorschläge aus Deutschland eingereicht.

Der größte Teil der gesamten Mittel wird für die Unterstützung multimodaler Logistikplattformen (109 Mio. Euro) bereitgestellt, die es ermöglichen, Güter zwischen verschiedenen Verkehrsträgern zu verlagern. Intelligente Verkehrssysteme für den Straßenverkehr (ITS) (80,2 Mio. Euro) sowie Innovation und neue Technologien (71,4 Mio. Euro) folgen unmittelbar und zeigen erneut, dass die EU sich für die Verringerung von Staus und Emissionen bei gleichzeitiger Erhöhung der Sicherheit einsetzt. Insgesamt wurden über die Connecting Europe Facility bisher 688 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 22,9 Mrd. Euro unterstützt. • eag Quelle: PM KOM

Weitere Informationen: [Daily News 26 / 03 / 2019](#)



Europäische Kommission - Modernisierte EU-Handelsschutzinstrumente zeigen Wirkung

Die EU-Kommission hat am 28. März ihren jährlichen Handelsschutzbericht für 2018 veröffentlicht. Demzufolge führten die Schutzmaßnahmen gegen unlautere Handelspraktiken zu einem erheblichen Rückgang von Dumpingimporten und einer Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Markt.

Seit Beginn ihrer Amtszeit hat die Juncker-Kommission eine umfassende Modernisierung des europäischen Handelsschutz-Instrumentariums vollzogen und 95 neue Maßnahmen angewandt, mit denen für europäische Unternehmen und Arbeitskräfte gleiche Wettbewerbsbedingungen wiederhergestellt wurden. Zwei Drittel aller 135 geltenden Maßnahmen betreffen Einfuhren aus China.

Dank der bestehenden Handelsschutzmaßnahmen werden in ganz Europa 320 000 direkt betroffene Arbeitsplätze gegen unlauteren Wettbewerb ausländischer Konkurrenz abgesichert.

Die Juncker-Kommission hat seit Beginn ihrer Amtszeit (November 2014 bis Dezember 2018) 95 Handelsschutzmaßnahmen eingeführt. Ende 2018 waren in der EU 93 endgültige Antidumpingmaßnahmen und 12 Antisubventionsmaßnahmen in Kraft. Bei fast 44 Prozent von ihnen handelte es sich um Maßnahmen gegenüber den Einfuhren von Stahlzeugnissen. Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) aller geltenden Maßnahmen betreffen Importe aus China.

Die Handelsschutzmaßnahmen der EU haben eine beträchtliche Abhilfewirkung: Die Zölle führten zu einem erheblichen Rückgang der zu unfairen Preisen erfolgenden Importe, in einigen Fällen sogar um 99 Prozent. Zugleich werden sie in einer Höhe festgesetzt, die ausreicht, um die Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Markt wiederherzustellen, ohne die Verbraucher und die nachgelagerten Wirtschaftszweige in der EU übermäßig zu belasten.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Bericht über Handelsschutzmaßnahmen der EU – wirksamer Schutz gegen unlauteren Handel](#)

[Handelsschutzbericht der EU 2018](#)

[Die Handelspolitik der EU](#)

[Trade Defence Policy](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Bürgerinitiative „#NewRightsNow“ fordert Mindesteinkommen freier Mitarbeiter in der Digitalwirtschaft

Die Europäische Kommission hat am 26. März beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative „#NewRightsNow“ zu registrieren. Die Organisatoren fordern die Kommission auf, „digitale Plattformen dazu zu verpflichten, Selbstständigen, die regelmäßig für sie arbeiten, ein garantiertes Mindesteinkommen zu zahlen“.

Die Organisatoren argumentieren, dass eine solche Maßnahme „das Einkommen dieser Personen sichern und stabilisieren und [...] insbesondere die Arbeitsplatzunsicherheit ‚uberisierter‘ Arbeitnehmer beseitigen würde.“

Nach den Verträgen kann die EU Rechtsakte erlassen, die darauf abzielen, den Europäerinnen und Europäern die Aufnahme und Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit zu erleichtern. Die Kommission hat die Initiative daher als rechtlich zulässig eingestuft und beschlossen, sie zu registrieren. In dieser Phase des Verfahrens hat die Kommission die Initiative noch nicht inhaltlich geprüft, sondern lediglich bestätigt, dass die Initiative rechtlich zulässig ist.

Seit dem die Registrierung am 1. April 2019 wirksam geworden ist, haben die Organisatoren der Initiative ein Jahr Zeit, Unterschriften zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln. Sollte die Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten, wird die Kommission die Initiative prüfen und binnen drei Monaten reagieren. Sie kann selbst entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, sie muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

Die Europäische Bürgerinitiative wurde mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. Seit dem Wirksamwerden der Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative im April 2012 haben die Bürgerinnen und Bürger Europas die Möglichkeit, ein bestimmtes Thema auf die politische Tagesordnung der Kommission zu setzen. 2017 legte die Europäische Kommission im Anschluss an die Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union [Vorschläge zur Reform der Europäischen Bürgerinitiative](#) vor, um sie noch bürgerfreundlicher zu gestalten. Im [Dezember 2018](#) erzielten das Europäische Parlament und der Rat eine Einigung über die Reform. Die überarbeiteten Vorschriften gelten ab dem 1. Januar 2020. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Europäische Bürgerinitiative: Kommission registriert die Initiative „#NewRightsNow“](#)

Vollständiger Wortlaut der vorgeschlagenen Bürgerinitiative (abrufbar ab dem 1. April 2019)

[Europäische Bürgerinitiativen, für die derzeit Unterstützungsbekundungen gesammelt werden](#)

[Website „Die Europäische Bürgerinitiative“](#)

[Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative](#)

Facebook: [New Rights Now](#)





EU-Programm für gesunde Ernährung erreicht Millionen Schulkinder

Über 20 Millionen Kinder in der EU erhielten im Rahmen des EU-Schulprogramms 2017/2018 Milch, Obst und Gemüse. Aus dem am 27. März veröffentlichten [Bewertungsbericht](#) geht hervor, dass im Schuljahr 2017/2018 rund 159.000 Schulen an dem [Schulobst-, -gemüse- und -milchprogramm der EU](#) teilgenommen haben. Im Schuljahr 2019/2020 sind für Deutschland für Schulobst und -gemüse knapp 25 Mio. Euro und für Schulmilch knapp 11 Mio. Euro vorgesehen.

In jedem Schuljahr werden 150 Mio. Euro für Obst und Gemüse und 100 Mio. Euro für Milch und Milcherzeugnisse bereitgestellt. 2017/2018 wurden insgesamt 255,5 Mio. Kilogramm frisches Obst und Gemüse sowie 178 Mio. Liter Milch, die aus EU-Haushaltsmitteln in Höhe von mehr als 182 Mio. Euro finanziert wurden, an Kinder in den Mitgliedstaaten verteilt.

Länder, die am EU-Schulprogramm teilnehmen möchten, müssen bis Ende Januar bei der Kommission einen Beihilfeantrag stellen. Die vorläufige Mittelzuweisung aus dem EU-Haushalt an die einzelnen Mitgliedstaaten beruht auf der Zahl der Schulkinder in den einzelnen Ländern und – im Falle von Milch und Milcherzeugnissen – auf der Inanspruchnahme des vorherigen Programms. Den nationalen Behörden steht es frei, einen Anteil von 20–25 Prozent der zugewiesenen Mittel von einem auf den anderen Sektor zu übertragen. Ferner können sie ihre Bereitschaft bekunden, mehr als die beantragten Mittel zu verwenden, wenn andere Mitgliedstaaten ihre Zuweisung nicht voll ausschöpfen.

Außerdem können die Mitgliedstaaten darüber entscheiden, wie das Programm durchgeführt werden soll, z. B. welche landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Kinder erhalten oder welche Themen im Rahmen pädagogischer Maßnahmen behandelt werden. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten die EU-Beihilfe mit nationalen Mitteln zur Finanzierung des Programms aufstocken.

Die Auswahl der zu verteilenden Erzeugnisse beruht auf Erwägungen bezüglich der Gesundheit und der Umwelt, der saisonalen und allgemeinen Verfügbarkeit sowie der Vielfalt. Die Mitgliedstaaten können den Schwerpunkt auf lokale oder regionale Ankäufe, ökologische Erzeugnisse, kurze Versorgungsketten, ökologischen Nutzen oder Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse legen.

Informationen zum Schulobstprogramm in Sachsen-Anhalt finden Sie [hier](#) und [hier](#).

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: EU-Programm für gesunde Ernährung erreicht Millionen Schulkinder in der EU](#)

[Überwachungsberichte der Mitgliedstaaten über das Schulobst- und -gemüseprogramm der EU im Zeitraum 2017/2018](#)

[Schulobst- und -gemüseprogramm sowie Schulmilchprogramm der EU](#)





Heumilch von Schafen und Ziegen ist jetzt „garantiert traditionelle Spezialität“

„Schaf-Heumilch“ und „Ziegen-Heumilch“ gelten in der EU künftig als garantierte traditionelle Spezialitäten (g.t.S.). Die Europäische Kommission hat einen entsprechenden Antrag am 26. März genehmigt. Die Heumilchproduktion ist die natürlichste Form der Milchproduktion. Die Milch stammt von Tieren aus nachhaltigen traditionellen Milchviehbetrieben ohne fermentiertes Futter. Mit ihren Qualitätssiegeln schützt die EU Qualitätsprodukte vor Nachahmung oder dem Missbrauch von Namen und Bezeichnungen.



Das Qualitätssiegel „garantierte traditionelle Spezialität“ bezieht sich dabei auf die traditionelle Zusammensetzung eines Erzeugnisses oder traditionelle Herstellungs- und/oder Verarbeitungsverfahren. Anders als die „geschützte geographische Angabe“ (g.g.A.) oder die geschützte Ursprungsangabe (g.U.) geht es bei diesem Siegel nicht um die Herkunft eines Produkts.

Der Eintrag von Schaf-Heumilch und Ziegen-Heumilch in das Register der geschützten Produkte ergänzt eine Liste von mehr als 1.445 bereits geschützten Produkten, die über die DOOR-Datenbank auffindbar sind. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 26.03.2019](#)

[Website zur Qualitätspolitik](#)

[DOOR-Datenbank](#)

Jeder zweite Europäer nutzt sein Online-Abonnement auf Reisen in der EU

11

Seit genau einem Jahr können die Bürgerinnen und Bürger in allen Staaten der EU ihre Online-Abonnements für Filme, Sportveranstaltungen, E-Books, Videospiele oder Musikdienste auf ihren Reisen überall in der EU nutzen. Jeder zweite Reisende (49 Prozent) in der EU hat diese Möglichkeit genutzt. Das geht aus einer neuen Eurobarometer-Umfrage hervor.

52 Prozent der Europäer wissen, dass es möglich ist, bei einem vorübergehenden Aufenthalt in einem anderen EU-Land kostenpflichtige Abonnements für Online-Inhaltsdienste zu nutzen. In Deutschland sind es im Durchschnitt 50 Prozent, wobei die Generation der 14 bis 24-jährigen am besten informiert sind (75 Prozent in Deutschland, EU-Durchschnitt 68 Prozent).

Die [Portabilitätsverordnung](#) trat am 1. April 2018 in Kraft. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung / Daily News](#)

[Die gesamte Umfrage](#)

EU unterstützt Spitzenforschung von 33 Wissenschaftlern aus Deutschland

222 hochrangige Wissenschaftler in ganz Europa, darunter 33 aus Deutschland, erhalten Advanced Grants des Europäischen Forschungsrats (ERC). Sie werden diese EU finanzierten Zuschüsse nutzen, um mit Ihrer Arbeit einige der drängenden Fragen von heute zu beantworten, wie z.B. zu Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien oder die Unterstützung unserer biologischen Uhren bei der Bewältigung unseres modernen Lebens



rund um die Uhr. Mit der neuen Zuschussrunde investiert die EU 540 Mio. Euro in die Förderung der Spitzenforschung.

Die Arbeit dieser neuen Stipendiaten umfasst alle Forschungsgebiete. In Deutschland forschen z.B. Wissenschaftler der Technischen Universität München an künftigen Krebstherapien, ein Projekt an der Universität Bielefeld beschäftigt sich mit sozialen Konsequenzen algorithmischer Prognosen auf Versicherungen und Medizin, ein Projekt der Max-Planck-Gesellschaft beschäftigt sich mit den Gehirnfunktionen im Schlaf, ein Forschungsprojekt der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main untersucht die Auswirkungen wirtschaftlicher Ungleichheit auf die Grundlagen liberaler Gesellschaften.

Die Auswahlverfahren des ERC stehen jeder Nationalität offen, in dieser Runde wurden **Forscher aus 29 Ländern** gefördert. Die Stipendiaten werden ihre **Projekte an Universitäten und Forschungszentren in 20 Ländern** in der EU und den assoziierten Ländern von Horizont 2020 durchführen.

Die Nachfrage nach ERC-Fördermitteln ist nach wie vor sehr hoch: 2.052 Forschungsanträge wurden diesmal eingereicht, von denen fast 11 Prozent für die Förderung ausgewählt wurden. Weibliche Forscher reichten mehr als 19 Prozent der Anträge ein, und etwa 20 Prozent der Stipendien wurden an Frauen vergeben.

Die Stipendien werden es nicht nur Spitzenforschern ermöglichen, ihre besten Ideen an den wissenschaftlichen Grenzen umzusetzen, sondern auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen, da schätzungsweise 2.000 Postdocs, Doktoranden und andere Mitarbeiter in den Forschungsteams der Stipendiaten beschäftigt sein könnten.

Forscher, die sich um ein ERC Advanced Grant bewerben möchten, haben vom **21. Mai bis 29. August 2019** Zeit, sich für die nächste Förderrunde zu bewerben.

Die ERC Advanced Grants stehen etablierten Spitzenforschern jeder Nationalität und jedes Alters offen, die wissenschaftlich unabhängig sind und über einen aktuellen Forschungsausweis und ein Profil auf hohem Niveau verfügen, das sie als führend in ihrem jeweiligen Bereich identifiziert.

Die Gastinstitution sollte ihren Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder assoziierten Land haben. Dies kann die Institution sein, in der der Forscher bereits arbeitet, oder eine neue. Die Gastinstitution kann im Laufe des Projekts auf Wunsch des Forschers gewechselt werden („Portabilität des Stipendiums“).

Es werden keine Konsortien oder Kofinanzierungen beantragt. Finanziert werden bis zu 2,5 Mio. Euro pro Zuschuss (ausnahmsweise bis zu 3,5 Mio. Euro, bei Kauf von Großgeräten, Mobilität von einem anderen Kontinent usw.).

Der Europäische Forschungsrat, der 2007 von der Europäischen Union gegründet wurde, ist die erste europäische Förderorganisation für exzellente Pionierforschung. Jedes Jahr wählt und finanziert sie die besten, kreativsten Forscher aller Nationalitäten und Altersgruppen für die Durchführung von Projekten in Europa. Der ERC bietet vier zentrale Förderprogramme an: Start-, Konsolidierungs-, Fortgeschrittenen- und Synergiezuschüsse. Mit seinem zusätzlichen Proof of Concept-Zuschussystem unterstützt der ERC die Stipendiaten dabei, die Lücke zwischen ihrer bahnbrechenden Forschung und den frühen Phasen ihrer Vermarktung zu schließen.

Bislang hat der ERC rund 9.000 Spitzenforscher in verschiedenen Phasen ihrer Karriere und über 50.000 Postdoktoranden gefördert. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

ERC-Pressmitteilung: [EU invests EUR 540 million to boost cutting-edge research](#)
[ERC website](#) und [EU-Forschungsprogramm Horizon 2020](#)





Autovermieter verpflichten sich zu mehr Preistransparenz

Fünf führende Mietwagenfirmen, nämlich Avis, Europcar, Enterprise, Hertz und Sixt, haben die Darstellung ihrer Preise für Mietwagen so verändert, dass sie nun für die Verbraucher vollkommen transparent sind. Das zeigt eine am 25. März veröffentlichte Bewertung der EU-Kommission und der EU-Verbraucherschutzbehörden.

Bislang hatten die betroffenen Unternehmen einige der von ihnen eingegangenen [Verpflichtungen](#) nicht vollständig erfüllt, sodass sie in den Augen der Europäischen Kommission und der EU-Verbraucherschutzbehörden in manchen Punkten immer noch gegen das Verbraucherrecht der EU verstießen. Aus der aktuell veröffentlichten Bewertung geht hervor, dass Enterprise und Sixt nun alle erforderlichen Änderungen umgesetzt haben. Avis hat sich verpflichtet, die verbleibenden Änderungen bis Mai 2019 vorzunehmen.



Europcar, zu dem inzwischen auch Goldcar gehört, wird die verbleibenden Änderungen bis Juni 2019 umsetzen. Hertz hat sich verpflichtet, alle erforderlichen Änderungen bis spätestens zum ersten Quartal 2020 vorzunehmen.

Die Europäische Kommission und die dem Europäischen Netzwerk für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz angeschlossenen nationalen Verbraucherschutzbehörden werden aufmerksam verfolgen, ob die verbleibenden Änderungen umgesetzt werden. Auf die fünf genannten Unternehmen entfallen zwar zwei Drittel aller privaten Autoanmietungen in der EU, aber auch andere Akteure, wie Vermittler und kleinere Firmen, spielen in dieser Branche eine große Rolle. Die Behörden und die Europäische Kommission werden weiterhin alle Akteure im Auge behalten, um für eine vollumfängliche Einhaltung der EU-Verbraucherschutzvorschriften zu sorgen.

Wenn die Unternehmen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, könnten die Verbraucherschutzbehörden beschließen, Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Koordinierte Maßnahmen im Bereich Verbraucherschutz](#)

[Leaseurope-Leitlinien \(link is external\)](#)

[Netz der Europäischen Verbraucherzentren](#)

Lindau gewinnt europäischen Preis für nachhaltige Mobilität

Am 21. März hat die Europäische Kommission die Stadt Lindau mit dem „EUROPEANMOBILITYWEEK Award 2018“ ausgezeichnet. Die bayerische Stadt am Bodensee bekommt den Preis in der Kategorie „kleinere Kommunen bis 50.000 Einwohner“ für besonders gelungene Mobilitätsangebote.

Lindau legt sehr großen Wert auf Multimodalität, das Thema der EUROPEANMOBILITYWEEK 2018. Am autofreien Tag stellte die Stadt einen kostenlosen Hybrid-Shuttle-Bus und ein Wassertaxi zur Verfügung. Außerdem erhielten die Einwohner kostenlosen Zugang zum gerade erweiterten Carsharing-Service. Pendler wurden mit einem kostenlosen Frühstück überrascht, wenn sie vom Auto auf Fahrrad, Bus oder Bahn umstiegen. Lindau hat kürzlich auch fast 500 neue Fahrradständer an Bahnhöfen und Bushaltestellen installiert, was die Nutzung öffentlicher



Verkehrsmittel erleichtert. Die Stadt bietet außerdem eine neue multimodale Mobilitäts-App, die eine Route mit verschiedenen Verkehrsmitteln planen kann.

Die EUROPEANMOBILITYWEEK Awards würdigen lokale Behörden, die zwischen dem 17. und 23. September 2018 die beeindruckendsten Aktivitäten organisiert haben. Die Preise werden in zwei Kategorien vergeben: eine für Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern (hier gewann Lissabon) und eine für kleinere Gemeinden unterhalb dieser Schwelle.

Mehr über die Gewinner und die Auszeichnungen erfahren Sie [hier](#).

2019 findet die EUROPEANMOBILITYWEEK vom 16. bis 22. September statt.

• *eag* Quelle: PM KOM



Parlament will Zeitumstellung ab 2021 abschaffen – jetzt ist der Rat am Zug



Das Europäische Parlament hat am 26. März im Plenum für die Abschaffung der Umstellung zwischen Winter- und Sommerzeit ab 2021 gestimmt. „Die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben heute ein klares Signal gesendet“, sagte Verkehrskommissarin Violeta Bulc. „Sie wollen die Zeitumstellung ab 2021 abschaffen. Dies wird sich unmittelbar auf alle in der EU lebenden Menschen auswirken und ihr Leben erleichtern. Ich verstehe, wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen der einzelnen Mitgliedsstaaten bei der endgültigen Wahl der Standardzeit ist und freue mich, dieses Thema beim Treffen des Verkehrsrates im Juni zu besprechen.“

Wie von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union im September 2018 angekündigt hatte die Kommission vorgeschlagen, die Zeitumstellung in Europa bereits 2019 abzuschaffen und den Mitgliedsstaaten die Entscheidung zu überlassen, ob sie das ganze Jahr über Sommer- oder Winterzeit anwenden wollen.

In dem Vorschlag wurde eine Reihe von Elementen berücksichtigt, darunter die Ergebnisse der von der Kommission im Juli/August 2018 durchgeführten öffentlichen Konsultation, bei der 4,6 Millionen Antworten aus allen 28 Mitgliedsstaaten eingingen – die höchste Beteiligung, die es bei einer öffentlichen Konsultation der Kommission je gab. Die große Mehrheit der Teilnehmer sprach sich dafür aus, die Zeitumstellung abzuschaffen. • *eag* Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

[Daily News vom 26. März 2019](#)

[Vorschlag der Kommission zur Abschaffung der Zeitumstellung](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

100 Jahre Bauhaus sind ein Grund zum Feiern

Für den **28. März 2019** lud die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. in Brüssel zur Veranstaltung „#CelebratingBauhaus“ in die Räumlichkeiten der Landesvertretung ein. Dies war der Auftakt zu mehreren Veranstaltungen, die anlässlich des 100. Jubiläums des Bauhauses 2019 in der Vertretung des Landes stattfinden sollen.



In seiner Begrüßungsrede unterstrich Herr **Staatssekretär Dr. Schellenberger** die Rolle Sachsen-Anhalts und der Stadt Dessau für die



Entwicklung der Bauhaus-Schule. Dabei wurde ebenso deutlich, dass die Arbeit der Bauhäusler von Experimentierfreude und dem Ausleben von Kreativität geprägt war.

Zur Geschichte und Entwicklung des Bauhauses beteiligte sich auch Frau Priska Schmückle von Minckwitz, welche die Zusammenarbeit und das Wirken der beiden Bauhaus-Ikonen Henry Van de Velde und Walter Gropius in den Vordergrund rückte. Herr Serge Strekotin wies in seinem Vortrag auf die besondere Bedeutung der Stadt Weimar hin, welche die Anfangszeit des Bauhauses stark prägte, bevor Dessau das neue Zentrum wurde. Frau Judith König machte in ihrer Präsentation die kulturelle Vielfalt Sachsen-Anhalts deutlich und verwies auf die vielen kulturellen Denkmäler, zu denen in großem

Umfange auch erhaltene Bauhaus-Architektur zählt, die noch heute erlebbar ist.

Nach den Impulsvorträgen erörterte der Moderator Alfonso Pantisano mit den Rednern die Rolle des Bauhauses für die Gegenwart und die Zukunft. In ihrer Diskussionsrunde kamen sie zu dem Ergebnis, dass dieses auch heute noch weltweit Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen hat. Ebenso präsentierte Frau Claudia Bergholz viele Beispiele dafür an, dass sich das Bauhaus in der gesamten Bundesrepublik verewigt hat.



Ein besonderes Highlight des Abends stellte die Möglichkeit dar, sich durch eine Virtual-Reality-Brille durch das Büro von Walter Gropius zu bewegen und dieses zu erkunden - eine Chance „durch die Zeit zu reisen“, die sich wenige entgehen lassen wollten.

Für das Jahr 2019 prognostizierten die teilnehmenden Personen steigende Besucherzahlen für die Städte im Land, da zahlreiche Denkmäler und Veranstaltungen den

Besuchern die Möglichkeit eröffnen, das Bauhaus auch nach 100 Jahren noch hautnah zu erleben. • mw

Fotos © DZT/ Thomas Blairon



Besuch in der Landesvertretung durch die Berufsbildende Schule „Dr. Otto Schlein“

Am Montag, dem **25. März 2019**, erhielt die Landesvertretung Besuch durch die Berufsbildende Schule IV „Dr. Otto Schlein“ für Gesundheits-, Sozial- und Laborberufe, aus Magdeburg. Mit dem viertägigen Besuch in Brüssel wollten die Schüler und Schülerinnen die Politik Europas hautnah erleben, aber auch die Stadt Brüssel näher kennen lernen. Neben historischen Wahrzeichen, wie der Nikolauskirche, dem Grand Place oder dem Atomium, besuchten sie das EU-Parlament und die Europäische Kommission. Der letzte Anlaufpunkt der Schulklassen war die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt.

Die 100 Personen große Gruppe nahm in unserem Besuchersaal Platz. Die Leiterin Carmen Johannsen begrüßte sie zunächst und erläuterte im Anschluss den Aufbau der Landesvertretung, aber auch welchen Funktionen die Vertretung nachzukommen hat. Danach stellen sich die Praktikanten Martin Wöpke und Anna Hillendahl zu einer Fragerunde zur Verfügung und beantworten die Fragen der Schüler und Schülerinnen zu ihrem Praktikum, insbesondere den Tätigkeiten, der Finanzierung und dem allgemeinen Leben als Praktikant in Brüssel. • ah

Besuch in der Landesvertretung durch das Burger Rolandgymnasium und dem Beruflichen Gymnasium BbS „Conrad Tack“



Auch in dieser Woche durfte die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt eine Besuchergruppe begrüßen. Die Teilnehmer kamen zum einem aus dem Burger Rolandgymnasium, zum anderen aus dem Beruflichen Gymnasium der BbS „Conrad Tack“. Die Gruppe wurde durch den Referenten Dr. D. Fenner und durch die Referentin M. Lehnart der Landesvertretung betreut. Während Dr. Fenner den Besuchern*innen einen kurzen Überblick über die

Institutionen der Europäischen Union verschaffte, erklärte Frau Lehnart den Aufbau und die Aufgaben der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt und unterrichtete die Besucher*innen ebenso über die Geschichte der Selbigen. Im Anschluss sprachen die beiden Praktikanten Anna Hillendahl und Martin Wöpke über ihre bisherigen Erfahrungen in Brüssel und die Arbeit als Praktikant*in in der Landesvertretung. • ah

Fotos: Martin Wöpke





Filmland Sachsen-Anhalt 2019: Unterhaltung für Groß und Klein

Am 03. April 2019 fand in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel die Veranstaltung „Filmland Sachsen-Anhalt für Groß und Klein“ statt.

Dieses Jahr wurden bei der Veranstaltung die Verfilmung des Kinderbuchklassikers „Die kleine Hexe“ und der Musikfilm „Gundermann“ gezeigt. Die Realisierung der beiden Filmprojekte wurde dabei maßgeblich von der Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) unterstützt und die



Dreharbeiten zu beiden Filmen fanden zu großen



Teilen in Sachsen-Anhalt statt. Ein Großteil des Films „Die kleine Hexe“ wurde beispielsweise im Harz gedreht. Die verantwortliche Produktionsfirma Claussen+Putz hat die Szenerie auch schon in den Filmen „Heidi“ und „Das kleine Gespenst“ genutzt. Beide Filme wurden schon hier in der Landesvertretung gezeigt.

Die Begrüßung der jüngeren Zuschauer übernahm die Leiterin der Landesvertretung, Frau Johannsen. Im Anschluss an den Film „Die kleine Hexe“ lud die Produzentin Frau Syberberg, welche an der Umwandlung des Buches für den Filmdreh beteiligt war, das begeisterte Publikum zu einem gemeinsamen Fragespiel mit

schönen Preisen ein.

Herr Fieber, Abteilungsleiter für Internationale Zusammenarbeit, EU-Angelegenheiten und Medienpolitik der Staatskanzlei, begrüßte das Publikum, welches an diesem Abend für die Vorführung des Films „Gundermann“ gekommen war. Zusätzlich gab es seitens der Produzentin Frau Steffen von Pandora Film eine Einführung zum Film, der unter der Regie von Andreas Dresen entstanden ist. „Gundermann“ spielt in den 70er bis 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und erzählt die Geschichte von Gerhard Gundermann, welcher sich als „singender Baggerfahrer aus der Lausitz“ einen Namen gemacht hat. Ende März gab die Deutsche Filmakademie ihre Nominierungen für den Deutschen Filmpreis 2019 bekannt - mit zehn Nominierungen hat der Film für den 03. Mai hervorragende Chancen, in diversen Kategorien ausgezeichnet zu werden.



Die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt freut sich schon jetzt auf das „Filmland 2020“ im nächsten Jahr, wenn Groß und Klein wieder einen schönen Nachmittag und Abend in unseren Räumlichkeiten erleben können. • mw



Auffrischungsseminar „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ – Anmeldung jetzt möglich

Auch in diesem Jahr informiert die EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt in einem kompakten Seminar über die Förderziele und -möglichkeiten des Förderprogramms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB). Die Veranstaltung findet **am 27. Mai 2019** in Magdeburg in der Investitionsbank statt.

Nutzen Sie jetzt die Chance, eine Förderung für Begegnungen mit Ihren Städtepartnern zu beantragen. Aufgrund der gesunkenen Antragszahlen bei gleichbleibendem Budget waren die Erfolgsquoten in den letzten Calls gut!



Das Seminar richtet sich vor allem an Projektverantwortliche aus Kommunen, Partnerschaftsvereinen und anderen Organisationen, die einen Antrag zur Frist am 2. September 2019 einreichen möchten. Bitte beachten Sie, dass dies die relevante Antragsfrist für die für das Jahr 2020 geplanten Aktivitäten ist.

Die EU Service-Agentur freut sich auf Ihre Anmeldung bis zum 20. Mai 2019. Bitte nutzen Sie bevorzugt das Online-Anmeldeformular. Da die Veranstalter das vertrauensvolle Arbeiten in einer Kleingruppe ermöglichen wollen, ist die Teilnehmerzahl auf 20 Teilnehmer(innen) begrenzt. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Weitere Informationen, das Programm und das Anmeldeformular finden Sie unter www.eu-serviceagentur.de im Bereich „Veranstaltungen“. • *Gastartikel*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION <ul style="list-style-type: none">• Programm „Hercule III“ — Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2019 — Technische Unterstützung (C/2018/8568)• Programm „Hercule III“ — Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2019 — Rechtliche Weiterbildung und Rechtsstudien (C/2018/8568)• Programm „Hercule III“ — Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2019 — Schulungen, Konferenzen und Personalaustausch 2019 (C/2018/8568)
Fundstelle: Abl.	C 111 vom 25. März 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:111:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	15. Mai 2019
Antragsunterlagen:	Anträge können nur über das Teilnehmerportal für das Programm „Hercule III“ eingereicht werden: https://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/herc/index.html Alle Unterlagen im Zusammenhang mit dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen können von dem in Abschnitt 5 genannten Teilnehmerportal oder von folgender Website heruntergeladen werden: http://ec.europa.eu/anti-fraud/policy/hercule_de Etwaige Fragen oder Anfragen nach zusätzlichen Informationen zu dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen sind über das Teilnehmerportal einzureichen.

19

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION <ul style="list-style-type: none">• Einheitlicher Abwicklungsausschuss — Ausschreibung der Stelle des/der stellvertretenden Vorsitzenden und Direktors/Direktorin, der/die den Bereich Corporate Services des SRB leitet und den einheitlichen Abwicklungsfonds beaufsichtigt (COM/2019/20034)• Einheitlicher Abwicklungsausschuss — Ausschreibung von zwei Stellen von Mitgliedern des Einheitlichen Abwicklungsausschusses und Direktoren/Direktorinnen für Abwicklungsplanung und -beschlüsse (COM/2019/20035)
Fundstelle: Abl.	C 115 A vom 27. März 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:115A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	29. April 2019



Antragsunterlagen:	Bewerbungen sind online über folgende Website einzureichen: https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/ Folgen Sie den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten. Wenn Sie weitere Auskünfte benötigen und/oder technische Probleme auftreten, wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu
---------------------------	--

WiFi4EU - Gemeinden können EU-Förderung für kostenloses WLAN im öffentlichen Raum beantragen

Am Donnerstag, dem 4. April um 13 Uhr, wird die EU-Kommission eine neue Ausschreibung für WiFi4EU starten, an der sich Gemeinden oder Gemeindegruppen in der ganzen EU beteiligen können. **Bis zum 5. April 2019 um 17 Uhr** können die Kommunen 3400 Gutscheine im Wert von je 15.000 Euro beantragen, mit denen sie kostenlose Wi-Fi-Netze in öffentlichen Räumen wie beispielsweise Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks oder Plätzen einrichten können.

Das WiFi4EU-Programm mit einem Gesamtvolumen von 120 Mio. Euro findet in einer Reihe von Aufrufen statt und betrifft alle 28 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island. Sobald sich die Gemeinden auf dem speziellen WiFi4EU-Portal registriert haben, können sie mit nur einem Klick einen Gutschein beantragen. Die Kommission wählt die Begünstigten nach dem Windhundverfahren aus und sorgt gleichzeitig für ein ausgewogenes geografisches Gleichgewicht.



20

Die erste WiFi4EU-Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen fand im November 2018 statt, wobei sich über 13.000 Gemeinden aus ganz Europa bewarben und 2.800 Gutscheine vergeben wurden. • *eag Quelle: PM KOM*

Die EU-Service-Agentur Sachsen-Anhalt hat auf ihrer Webseite eine entsprechende Meldung zum neuen Wettbewerbsaufruf veröffentlicht:

<https://www.eu-serviceagentur.de/aktuelles/test/?uid=690>

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung / Daily News](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Faktenblatt](#)

[Liste der Empfänger des ersten Aufrufs](#)



European Capital of Smart Tourism - Innovative Wege der Tourismusförderung

Große EU-Städte, die neue Wege gehen, um Touristen anzuziehen, können sich bis zum 10. Mai um den von der EU-Kommission ausgeschriebenen Titel „European Capital of Smart Tourism 2020“ bewerben. Gefragt sind dabei Innovationen in den Bereichen Zugänglichkeit, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Kulturerbe und Kreativität. Mit dem Wettbewerb wird auf neue Anforderungen im Tourismus reagiert, dazu gehören die Nachfrage nach digitalen Informationen, Produkten und Dienstleistungen oder nach lokaler, nachhaltiger Entwicklung.



Angesprochen sind Städte ab 100.000 Einwohnern. Im Oktober werden zwei Siegerstädte gekürt. Diese erhalten 2020 Kommunikations- und Markenunterstützung von Experten. Dazu gehören die Produktion eines Werbevideos, vielfältige Werbeaktionen und Sichtbarkeit auf EU-Ebene. Siehe auch WS 10/19 • *eag Quelle: EU-Nachrichten 06/19*

Weitere Informationen:

Website der [European Capitals of Smart Tourism Initiative](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such – Eurostars Enterprise Europe Network Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Partner für Entwicklung von Nanokapseln gegen Bakterienkrankheiten gesucht Ein spanisches Unternehmen mit Erfahrung in der Entwicklung und Herstellung von biologisch abbaubaren Mikro- und Nanokapseln aus Polyurethan bewirbt sich für ein "Eurostars"-Forschungsprogramm. Ziel ist es, multifunktionale, biologisch abbaubare Nanokapseln gegen Bakterienkrankheiten zu entwickeln. Gesucht werden Unternehmen und Institutionen mit einem tiefen Verständnis der antimikrobiellen Wirkstoffe und ihrer Resistenzmechanismen. Die Forschungsk Kooperation soll zur Durchführung der präklinischen Validierung dienen. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/82f3d419-8cef-498e-a138-f31294d813ca Referenznummer: RDES20190328002
Forschungsge such – Eurostars 2 Enterprise Europe Network	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Koreanisches Unternehmen sucht Experten aus der Bio- oder Pharmaindustrie Ein koreanisches Unternehmen hat sich auf die Herstellung von kosmetischen Pflastern auf Grundlage einer selbst entwickelten



Korea		<p>Technologie mit löslichen Mikronadeln spezialisiert. Gesucht werden europäische Partner, um medizinische Pflaster im Rahmen von "Eurostars 2"-Projekten in der zweiten Jahreshälfte 2019 zu entwickeln. Partner können sowohl Unternehmen als auch Forschungseinrichtungen aus der Bio- oder Pharmaindustrie sein, um das Medikament bereitzustellen, das in den zu entwickelnden medizinischen Pflastern verwendet wird. Partner sollten außerdem in der Lage sein, die Dosierung der Medikamente zu kontrollieren und die Wirksamkeit zu überprüfen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/6cfc75fd-8941-4a6f-94f9-2310a230fe4a</p> <p>Referenznummer: RDKR20181228001</p>
Technologie gesucht Enterprise Europe Network Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Wasserdichte und biologisch abbaubare Materialtechnologien für den Gartenbau gesucht Ein französisches Unternehmen, das im Gartenbau tätig ist, sucht nach neuen Technologien, um die Nachhaltigkeit seiner Produkte zu verbessern. Zum einen interessiert sich die Firma für ein Material mit wasserdichten und biologisch abbaubaren Eigenschaften, das für Wassertanks geeignet ist, und zum anderen für eine natürliche Beschichtung, die Holz vollständig wasserdicht macht. Gewünscht ist eine technische Zusammenarbeit mit einem Partner, der in der Lage ist, relevante Materialien oder Beschichtungen bereitzustellen. <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/d31a9196-5627-4991-a172-598c6199c368</p> <p>Referenznummer: TRFR20190315001</p>
Geschäftliches Gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Schwedisches Unternehmen sucht Hersteller von Drehteilen



<p>Enterprise Europe Network</p> <p>Schweden</p>	<p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Ein schwedisches Unternehmen entwickelt und vermarktet Tintenstrahldrucker und Tinten für die industrielle Produktkennzeichnung. Das Unternehmen sucht einen Fertigungspartner, der relativ kleine Drehteile aus Acetallkunststoff und Edelstahl (EN 1.4305) herstellen kann. Die Kooperation soll durch eine Fertigungsvereinbarung erfolgen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/e6f8c452-c595-4d1f-91e5-4377c87d010a</p> <p>Referenznummer: BRSE20190226001</p>
--	---	---

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Neu in der LV – Wiebke Berndt

Mit meiner Teilnahme an der von der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführten Qualifizierungsmaßnahme „Europa und Internationales“ ist auch eine zweiwöchige Hospitanz in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel verbunden.

Meinen derzeitigen Aufenthalt hier sehe ich beruflich und persönlich als Bereicherung an.

Seit 2011 bin ich als Referentin im Bereich Landwirtschaft im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Energie in Sachsen-Anhalt tätig und aktuell für die Pflanzlichen Märkte, Anerkennung und Förderung von Erzeugerorganisationen und die Durchführung des EU-Schulprogrammes zuständig. Dabei habe ich mit der direkten Umsetzung von EU-Recht zu tun. Insofern freue mich in der für Europa so bewegten Zeit „hinter die Kulissen“ zu schauen und einen größeren Einblick in die Arbeit der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Brüssel, der europäischen Institutionen und Akteure zu erhalten. Ich hoffe, die Qualifizierungsmaßnahme wird auch weiterhin angeboten, so dass auch andere davon profitieren können. Angesichts der zunehmenden Europa-Kritiker wird der „Blick über den Tellerrand“ immer wichtiger.

Wiebke Berndt, Referentin im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie • *wb*

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:



April, April! Nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten europäischen Ländern und auch in anderen Teilen der Welt haben sich am 1. April wieder die Menschen gegenseitig veralbert. Wir schauen deshalb diesmal auf Aprilscherze und ihre Geschichte.



1. Woher der Brauch, andere in den April zu schicken, genau kommt, ist unklar, doch es gibt zahlreiche Legenden. Welche jedoch ist NICHT überliefert?
 - a) In Großbritannien veröffentlichte der Guardian, damals noch „The Manchester Guardian“, am 1. April 1836 versehentlich eine Meldung über die vermeintliche Geburt des langersehnten Thronfolgers, woraufhin noch an diesem Tag mehrere Tausend königstreue Bürgerinnen und Bürger zum Buckingham Palace pilgerten. Daraus entstand der Begriff „April Fools“
 - b) Im Jahr 1563/64 verlegte König Karl IV. den offiziellen Jahresbeginn vom 1. April auf den 1. Januar. All jene, die trotzdem weiter Ende März/am Anfang April Neujahr feierten und Geschenke verschickten, wurden als „Aprilnarren“ verspottet.
 - c) Wie so viele Bräuche könnte sich auch der Aprilscherz vom Wetter abgeleitet haben, da am Übergang zwischen Winter und Sommer „der starke Sommer den schwachen Winter zum Narren hält“.

2. Zahlreiche Medien, Unternehmen und PolitikerInnen verbreiten jedes Jahr Aprilscherze und versuchen, mit möglichst raffinierten Meldungen die Medien auszutricksen. Auch die EU ist regelmäßig Thema solcher Aprilscherze. Welche der folgenden Meldungen wurden bereits verbreitet?
 - a) Die EU wolle in Thüringen vom Frühling bis zum Herbst alle Umweltzonen für Pkws aufheben, stattdessen aber werde überlegt, ob Grillumweltzonen errichtet werden sollten, da die Feinstaubbelastung durch all die Grillaktivitäten ein gravierenderes Problem sei als die der Autos.
 - b) Die EU-Kommission habe einen Verordnungsvorschlag zur Erzeugung von Strom in Fitnessstudios vorgelegt. So solle dort beispielsweise durch die Benutzung von Fitness-Fahrrädern grüner Strom erzeugt werden.
 - c) Die EU-Kommission schlage vor, ab der nächsten Amtszeit einen weiteren Kommissar einzuführen. Dieser solle sich ausschließlich um Arbeitsschutz in EU-Behörden kümmern. Auslöser sei eine Anfrage des Betriebsrates gewesen.

3. In Frankreich gibt es einen ganz besonderen Brauch am 1. April. Welcher ist das?
 - a) In Mensen und Kantinen, aber auch zu Hause und gelegentlich in Restaurants wird das falsche Getränk serviert, zum Beispiel gibt es anstelle von Zitronenlimonade Wasser, und Rotwein wird mit Trauben- oder Johannisbeersaft vertauscht
 - b) Eltern verstecken für ihre Kinder kleine Scherzartikel und –geschenke.
 - c) Kinder binden oder kleben ihren Freunden oder Verwandten einen Papierfisch auf den Rücken.



Antworten:

1. a) Wie der Brauch der Aprilscherze eigentlich entstanden ist, dafür gibt es viele Erklärungen. König Karl IV. von Frankreich könnte Verursacher dieses Brauches sein, da er im Jahr 1563/64 eine umfangreiche Kalenderumstellung anordnete, wodurch Neujahr statt auf den 1. April auf den 1. Januar fiel. Witzbolde sollen trotzdem Einladungen für den 1. April verschickt haben, und dann diejenigen, die darauf reinfielen und erschienen, verspottet haben. Eine weitere Legende besagt, dass eben König Karl IV. einige Jahre später selbst auf den, dieser Legende nach, ersten Aprilscherz der Geschichte hereingefallen sein könnte, da er von einer jungen Frau um ein geheimes Rendez-vous gebeten wurde, welches sich jedoch als Scherz seiner Ehefrau Maria von Medici herausstellte, die den gesamten Hofstaat eingeladen hatte und ihm dankte, dass er ihrer Einladung zum Narrenball gefolgt sei. Doch auch Erklärungen aus dem antiken Rom, dem mittelalterlichen Augsburg oder Herleitungen vom Wetter oder der Bibel sind bekannt. Einzig klar ist, dass die erste schriftliche Überlieferung der Redewendung „jemanden in den April schicken“ aus Bayern vor 400 Jahren stammt. Doch woher der Brauch kommt, wird wohl auch in Zukunft unklar bleiben.

2. a) b) Nur die letzte Falschmeldung wurde bisher noch nicht als Aprilscherz verbreitet. Die erste Meldung dahingegen wurde von der Thüringer FDP-Pressestelle 2013 verbreitet, und der Urheber des Fitnessstudiotromerzeugungsverordnungsvorschlags ist auch nicht die EU-Kommission, sondern der damalige Europaabgeordnete Herbert Reul, heute Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

3. c) In Frankreich, wie auch in Italien und in Teilen der Schweiz, binden oder kleben Kinder ihren Freunden und Verwandten einen Papierfisch auf den Rücken, den „Poisson d’Avril“ (Aprilfisch). „Poisson d’Avril“ wird aber auch als allgemeiner Ausdruck für einen Aprilscherz verwendet, sowie als Ausruf, wenn man jemanden erfolgreich in den April geschickt hat.

Wer auch einmal einen Poisson d’Avril auf den Rücken gebunden bekommen oder in einer anderen Sprache in den April geschickt werden möchte, der kann die Möglichkeit ergreifen, eine Zeit lang ins Ausland zu gehen. Als Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen berät GOEUROPE! dabei gerne (info@goeurope-lsa.de).



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Steffi Mitschke (SM)	Hospitantin	...16	E-Mail
Wiebke Berndt (WB)	Hospitantin	...34	E-Mail
Anna Hillendahl (AH)	Praktikantin	...22	E-Mail
Jennifer Vinzelberg (JV)	Praktikantin	...22	E-Mail
Martin Wöpke (MW)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

